Proteste in London: Trump unter Druck wegen Gaza-Plan!

Proteste in London gegen Trumps Gaza-Plan: Tausende versammeln sich, um für palästinensische Rechte zu demonstrieren.

London, Vereinigtes Königreich - Am 15. Februar 2025 versammelten sich Tausende von Demonstranten in London, um gegen den umstrittenen Plan von US-Präsident Donald Trump zu protestieren, der eine „Übernahme“ des Gazastreifens durch die USA vorsieht. Die Protestierenden marschierten von Whitehall zur US-Botschaft in Nine Elms und trugen palästinensische Fahnen sowie Plakate mit den Aufschriften „Hände weg von Gaza“ und „Steh auf gegen Trump“. Die Veranstaltung wurde von der **Palestine Solidarity Campaign** organisiert und war bereits die 24. bedeutende pro-palästinensische Demonstration in London seit dem 7. Oktober 2023.

Trump schlägt vor, Palästinenser anderswo anzusiedeln, ohne einen Rückkehrplan anzubieten. Diese Idee stieß weltweit auf scharfe Verurteilung. Der Holocaust-Überlebende Stephen Kapos bezeichnete den Vorschlag als unmoralisch und unrealistisch, insbesondere angesichts der Herausforderung, zwei Millionen Menschen zu deportieren. Der Protest folgte auf anhaltende Kämpfe zwischen Israel und Hamas, bei denen seit dem Beginn der Auseinandersetzungen mehr als 48.239 Menschen in Gaza ums Leben kamen, während die Zahl der Toten auf israelischer Seite bei über 1.100 liegt.

Geiselaustausch und humanitäre Situation

Am gleichen Tag berichteten Nachrichten über den Austausch von Geiseln zwischen Israel und Hamas. Im Rahmen des sechsten Austauschs gab Israel 369 palästinensische Gefangene frei, während drei Israeli, die seit dem Angriff von Hamas am 7. Oktober 2023 in Gaza gefangen gehalten wurden, nach Hause zurückkehrten. Diese Entwicklungen wurden durch ein fragiles Abkommen ermöglicht, das von Ägypten und Katar vermittelt wurde und dem die Einfuhr von humanitärer Hilfe in den Gazastreifen vorausging. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu betonte, dass die Regierung alles in ihrer Macht Stehende tue, um die von Hamas festgehaltenen Geiseln freizulassen.

In der Zwischenzeit ist die humanitäre Situation in Gaza dramatisch. Berichten zufolge haben führende Regierungen, einschließlich der **deutschen Bundesregierung**, ihre humanitäre Hilfe für den Gazastreifen um 20 Millionen Euro aufgestockt. In einem separaten Vorfall kam es zu Protesten in Israel, bei denen Demonstranten zeitweise in den Gazastreifen eindrangen. Hilfsgüter gelangen unter engmaschiger Kontrolle in die Region, aber die zugrundeliegende Sicherheit bleibt prekär.

Politische Spannungen und internationale Reaktionen

Die Spannungen in der Region bleiben hoch. Trotz des kürzlichen Austauschs von Geiseln und der humanitären Bemühungen wurden weiterhin zahlreiche Angriffe im Gazastreifen und im Westjordanland gemeldet. Über 30.000 Menschen wurden im Gazastreifen getötet, während die UN und andere internationale Akteure eine Untersuchung der Todesfälle bei Hilfsgüterlieferungen fordern. US-Präsident Joe Biden forderte eine schnelle Einigung über eine Waffenruhe, doch meldete er, dass es „wahrscheinlich nicht bis Montag“ zu einer Einigung kommen werde.

Trotz dieser Bemühungen bleibt die Lage in der Region hochgradig instabil. Die anhaltenden militärischen Aktionen und

politische Vorschläge, die die Zeit der humanitären Krise begleiten, verschärfen die Herausforderungen für alle beteiligten Parteien. Die geopolitischen Spannungen erreichen dabei ein besorgniserregendes Niveau, während die internationale Gemeinschaft besorgt auf die Entwicklungen blickt.

Details	
Vorfall	Protest
Ursache	Politischer Konflikt, Protest
Ort	London, Vereinigtes Königreich
Festnahmen	25
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.aljazeera.com• apnews.com• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de